

# Gemeindeordnung der Evangelischen Kirchengemeinde Alterswilen-Hugelshofen

Gestützt auf die Verfassung des Kantons Thurgau vom 16. März 1987, die Verfassung der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau vom 27. November 2000 und in Anwendung des kantonalen Gesetzes über die Gemeinden vom 05. Mai 1999 und des kantonalen Gesetzes über das Stimm- und Wahlrecht vom 15. März 1995 erlässt die Evangelische Kirchengemeinde Alterswilen-Hugelshofen die folgende

## Gemeindeordnung

### I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 <sup>1</sup> Die Evangelische Kirchengemeinde Alterswilen-Hugelshofen – im folgenden Gemeinde genannt - ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes und Teil der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau. Rechtsnatur

<sup>2</sup> Sie bildet einen Wahlkreis der Evangelischen Synode des Kantons Thurgau.

§ 2 <sup>1</sup> Zur Gemeinde gehören alle in der politischen Gemeinde Kemmental und in Graltshausen (politische Gemeinde Berg) wohnhaften Mitglieder der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau. Mitgliedschaft

<sup>2</sup> Der Austritt aus der Evangelischen Landeskirche erfolgt durch den Austritt aus der Gemeinde. Dieser ist durch persönliche schriftliche Erklärung an die Kirchenvorsteherschaft anzuzeigen.

§ 3 Die Organisation und die Aufgaben der Gemeinde sowie das Stimm- und Wahlrecht richten sich nach den kantonalen und den landeskirchlichen Gesetzen, Verordnungen und Weisungen. Übergeordnetes Recht

§ 4 Das Stimm und Wahlrecht in Angelegenheiten der Landeskirche und der Kirchengemeinde steht den Mitgliedern der Evangelischen Landeskirche zu, die das 16. Altersjahr vollendet haben. Stimm- und Wahlrecht

§ 5 Verlangen ein Fünftel der Stimmberechtigten einen Beschluss über einen formulierten und begründeten Vorschlag, so hat die Kirchenvorsteherschaft diesen mit einem Antrag und allfälligen Gegenvorschlag der Kirchengemeinde zu unterbreiten. Initiativrecht

§ 6 Die Organe und Ämter der Kirchengemeinde sind:

Organe und  
Ämter

1. Die Gesamtheit der Stimmberechtigten;
2. Die Kirchenvorsteherschaft;
3. Die Pfarrerinnen und Pfarrer;
4. Die Diakoninnen und Diakone;
5. Die Kirchenpflegerin oder der Kirchenpfleger;
6. Die Beauftragten, Helferinnen und Helfer;
7. Die Aufsichtskommission;
8. Die Rechnungsprüfungskommission;
9. Das Wahlbüro.

## II. Die Gemeinde

§ 7 Die Gemeinde übt die ihr übertragenen Aufgaben und Befugnisse durch die Kirchengemeindeversammlung und Wahlen an der Urne aus.

Verfahren

§ 8 <sup>1</sup> Die Gemeinde tritt zusammen

Gemeinde-  
versammlung

1. zu ordentlichen Versammlungen zur Genehmigung des Voranschlages und zur Abnahme der Jahresrechnung und des Jahresberichtes.
2. zu ausserordentlichen Versammlungen auf Beschluss der Kirchenvorsteherschaft oder auf Begehren eines Fünftels der Stimmberechtigten unter Angabe der Verhandlungsgegenstände durch Eingabe an das Präsidium. In diesem Falle hat die Einberufung innert 60 Tagen nach Eingang des Begehrens stattzufinden.

<sup>2</sup> Die Gemeindeversammlung wird von der Kirchenvorsteherschaft einberufen. Versammlungs- und Abstimmungsunterlagen müssen mit der Traktandenliste spätestens 14 Tage vor der Versammlung zugestellt sein.

§ 9 <sup>1</sup> Der Gemeindeversammlung obliegt die Aufsicht über die Verwaltung der Gemeinde. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:

Entscheide durch  
die Gemeinde-  
versammlung

1. Wahl der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission;
2. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros;
3. Wahl der Mitglieder einer Pfarrwahlkommission;
4. Schaffung neuer oder Aufhebung bestehender Ämter;
5. Beschlüsse über einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 12'000; Beschlüsse über neue, jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als Fr. 6'000;
6. Genehmigung des Voranschlages und Festsetzung des Steuerfusses;
7. Genehmigung der Vermögens-, Verwaltungs- und Fondsrechnungen der Kirchengemeinde;
8. Beschlüsse über die Veräusserung von unbeweglichem

- Vermögen, Kult- oder Kunstgegenständen;
9. Beschlüsse über die Aufnahme von Krediten für ausserordentliche Gemeindebedürfnisse;
  10. Erteilung von Prozess- und Vergleichsvollmachten, sofern die mutmasslichen Kosten Fr. 6'000 übersteigen;
  11. Antrag auf Änderung im Bestand oder im Gebiet der Kirchengemeinde;
  12. Antrag auf Schaffung, Änderung des Umfanges oder Aufhebung eines Pfarramtes, Teilzeitpfarramtes oder Diakonates der Gemeinde;
  13. Antrag auf die Verbindung mit einer anderen Kirchengemeinde durch ein gemeinsames Pfarramt oder die Auflösung einer solchen Verbindung;
  14. Vorschlagsrecht in kirchlichen Angelegenheiten an die Synode und den Kirchenrat;
  15. Erlass und Änderung des Organisationsreglements;
  16. Durchführung der landeskirchlichen Wahlen und Abstimmungen;
  17. Erfüllung des diakonischen und missionarischen Auftrags, allein oder in Verbindung mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

<sup>2</sup> Die Wahlen und Abstimmungen erfolgen offen, wenn nicht ein Viertel der Stimmenden einem Antrag auf geheime Durchführung zustimmt.

<sup>3</sup> Die Beschlüsse unter den Ziffern 7 bis 9 unterliegen der Genehmigung durch den Kirchenrat.

§ 10 <sup>1</sup> Die Gemeinde wählt an der Urne:

Urnenwahl

1. Die Mitglieder der Kirchenvorsteherschaft;
2. Die Präsidentin oder den Präsidenten der Kirchenvorsteherschaft;
3. Die Kirchenpflegerin oder den Kirchenpfleger;
4. Die Abgeordneten in die Synode;
5. Die Pfarrerinnen und Pfarrer;
6. Die ordinierten Diakoninnen und Diakone.

<sup>2</sup> Die Wahlen unter den Ziffern 1 bis 6 unterliegen der Genehmigung durch den Kirchenrat.

<sup>3</sup> Wahlunterlagen für Urnenwahlen sind den Stimmberechtigten spätestens drei Wochen vor dem Urnengang zuzustellen.

### III. Die Kirchenvorsteherschaft

§ 11 <sup>1</sup> Die Kirchenvorsteherschaft besteht aus acht Mitgliedern und den von der Gemeinde gewählten Pfarrerinnen oder Pfarrern sowie den ordinierten Diakoninnen oder Diakonen von Amtes wegen.

Organisation

<sup>2</sup> Andere voll- und hauptamtliche Angestellte der Gemeinde können nicht als Mitglieder gewählt werden, jedoch in der Regel mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen der Vorsteherschaft teilnehmen.

§ 12 Die Kirchenvorsteherschaft wählt:

Konstituierung,  
Wahlen

<sup>1</sup> auf die gesetzliche Amtsdauer:

- a) Aus ihrer Mitte eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten, eine Aktuarin oder einen Aktuar sowie die Vorsitzenden von Kommissionen;
- b) In freier Wahl die Mitglieder von Kommissionen.

<sup>2</sup> durch Anstellung:

- a) Gemeindegewerkschaften oder –helfer sowie nichtordinierte Diakoninnen und Diakone;
- b) Beauftragte für Katechetik und Sonntagschule;
- c) Beauftragte für Kirchenmusik;
- d) Mesmerin oder Mesmer und Hilfskräfte;
- e) Beauftragte für andere Aufgaben.

§ 13 Der Kirchenvorsteherschaft obliegen die ihr durch die Kirchenverfassung und die Kirchenordnung übertragenen Aufgaben und Befugnisse, sofern sie nicht ausdrücklich anderen Organen vorbehalten sind, insbesondere

Aufgaben und  
Befugnisse

1. Die Verantwortung für das kirchliche Leben und den diakonischen und missionarischen Auftrag der Gemeinde;
2. Den Vollzug der kirchlichen Beschlüsse und Erlasse;
3. Die Festsetzung der gottesdienstlichen Handlungen und Veranstaltungen, soweit sie nicht durch die Landeskirche geregelt sind;
4. Die Mitwirkung bei kirchlichen Handlungen und die Verantwortung für würdige Gottesdienstfeiern;
5. Die Pflege der Kirchenmusik in der Gemeinde;
6. Die Aufsicht über den Religionsunterricht und den Jugend- und Kindergottesdienst;
7. Die jährliche Berichterstattung über die eigene Tätigkeit sowie über die Arbeit der kirchlichen Kommissionen und Organisationen zuhanden der Gemeinde;
8. Die Vorbereitung von Geschäften und entsprechenden Anträgen zuhanden der Gemeinde;
9. Die Begutachtung von Gesuchen um Aufnahme in die Landeskirche und die Behandlung von Austrittserklärungen;
10. Der Entscheid über die Benützung von Räumlichkeiten und

- Einrichtungen der Gemeinde;
11. Die Verantwortung über die Verwendung von Kollekten;
  12. Die Beschlussfassung über neue, einmalige Ausgaben oder Erhöhung früherer Ausgabenposten im Voranschlag bis zu Fr. 12'000;
  13. Die Beschlussfassung über neue, jährlich wiederkehrende Ausgaben bis zu Fr. 6'000;
  14. Die Bewilligung von Nachtragskrediten bis zu zehn Prozent des von der Gemeinde bewilligten Betrages;
  15. Der Erlass von Pflichtenheften für die Mitarbeiter sowie die Festsetzung ihrer Besoldungen soweit sie nicht von der Landeskirche geregelt sind;
  16. Die Verwaltung des Kirchenfonds sowie weiterer Fonds der Gemeinde;
  17. Die Verwaltung, die allfällige Vermietung und die Sorge für den Unterhalt kirchlicher Gebäude, der Pfarrhäuser und allfälliger weiterer Liegenschaften im Besitz der Gemeinde.
  18. Verantwortung für die Führung des Stimmregisters und den Bezug der kirchlichen Steuern in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gemeindebehörden;
  19. Verantwortung für das Archiv der Kirchgemeinde;
  20. Begleitung von freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Förderung ihrer Aus- und Weiterbildung.

§ 14 Die Kirchenvorsteherschaft kann an Kommissionen einzelne ihrer Aufgaben zur Vorberatung übertragen und sie mit dem allfälligen Vollzug beauftragen.

Kommissionen

§ 15 Dem Präsidium obliegen:

Präsidium

1. die Leitung der Kirchgemeindeversammlungen, der Sitzungen der Kirchenvorsteherschaft, der Aufsichtskommission und des Wahlbüros;
2. die Aufsicht über die gesamte Gemeindeverwaltung;
3. die Zeichnungsberechtigung für die Gemeinde, gegebenenfalls zusammen mit dem Aktuariat oder der Kirchenpflege;
4. die Vertretung der Gemeinde und der Kirchenvorsteherschaft.

§ 16 Das Aktuariat führt das Protokoll der Gemeindeversammlungen, der Sitzungen der Kirchenvorsteherschaft und des Wahlbüros.

Aktuariat

§ 17 Die Kirchenvorsteherschaft und die Kommissionen versammeln sich auf Einladung des Präsidiums, so oft es die Geschäfte erfordern oder wenn wenigstens ein Drittel der Mitglieder unter Angabe der Gründe es schriftlich verlangt. Der Einladung liegt eine Traktandenliste bei.

Sitzungen,  
Traktanden

§ 18 Die Kirchenvorsteherschaft oder eine Kommission ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

Beschluss-  
fähigkeit

§ 19 Abstimmungen über Sachgeschäfte erfolgen offen. Dabei gilt die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Das Präsidium stimmt mit. Bei Stimmgleichheit hat das Präsidium den Stichentscheid.

Abstimmungs-  
grundsätze

§ 20 Über die Verhandlungen der Kirchenvorsteherschaft und der Kommissionen wird ein Protokoll geführt. Es wird allen Eingeladenen zugestellt.

Protokoll

§ 21 Die Mitglieder der Kirchenvorsteherschaft und der Kommissionen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Sitzungen mit beratender Stimme beiwohnen, haben in den Ausstand zu treten in Angelegenheiten, in denen sie ein persönliches Interesse haben oder mit Beteiligten verwandt, verheiratet oder verschwägert sind.

Ausstandspflicht

§ 22 Die Mitglieder der Behörde und der Kommissionen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in Amts- und Dienstsachen zu Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Schweigepflicht wird durch das Ausscheiden aus dem Amt nicht aufgehoben.

Schweigepflicht

#### IV. Pfarrerinnen und Pfarrer

§ 23 <sup>1</sup> Das Amt der Pfarrerin oder des Pfarrers umfasst im Sinne der Ordination insbesondere folgende Tätigkeiten:

Zusammen-  
setzung,  
Aufgaben

1. Verkündigung des Evangeliums;
2. Leitung der Gottesdienste;
3. Vollzug der heiligen und kirchlichen Handlungen;
4. Erteilung des Konfirmationsunterrichtes;
5. Erteilung von Religionsunterricht;
6. Seelsorge;
7. Gestaltung des übrigen Gemeindelebens;
8. Förderung des diakonischen und missionarischen Auftrages der Gemeinde;
9. Führung der kirchlichen Register.

<sup>2</sup> Die Pfarrerin oder der Pfarrer führt das Amt in Zusammenarbeit mit der Kirchenvorsteherschaft und anderen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter.

#### V. Die Kirchenpflege

§ 24 Die Kirchenpflegerin oder der Kirchenpfleger ist Mitglied der Kirchenvorsteherschaft oder als Nichtmitglied haupt- oder nebenberuflich von der Kirchengemeinde angestellt.

Behördemitglied

- § 25 Der Pflegerin oder dem Pfleger stehen zu: Aufgaben
1. Die Verwaltung des Vermögens und die Führung des gesamten Rechnungswesens der Kirchengemeinde;
  2. Die finanzielle Verwaltung sämtlicher Liegenschaften der Kirchengemeinde;
  3. Die Pflegerin oder der Pfleger ist von Amtes wegen Mitglied einer allfälligen Baukommission.
- § 26 Die Kirchenpflegerin oder der Kirchenpfleger verfügt im Rahmen des Budgets über Einzelkredite bis zum Betrag von Fr. 3'000. Finanzkompetenz
- § 27 Ist die Pflegerin oder der Pfleger nicht Mitglied der Kirchenvorsteherschaft, nimmt sie oder er an den Sitzungen der Kirchenvorsteherschaft mit beratender Stimme und dem Recht der Antragstellung teil. Teilnahme an Sitzungen

## VI. Die Aufsichtskommission

- § 28 <sup>1</sup> Die von der Gemeinde als Kirchenvorsteherin oder Kirchenvorsteher gewählten Mitglieder der Kirchenvorsteherschaft bilden die Aufsichtskommission. Zusammensetzung
- <sup>2</sup> Der Aufsichtskommission obliegt die Aufsicht über die Amtstätigkeit der Pfarrerrinnen, Pfarrer, Diakoninnen und Diakone.

## VII. Die Rechnungsprüfungskommission

- § 29 <sup>1</sup> Die Rechnungsprüfungskommission besteht aus drei Mitgliedern. Sie konstituiert sich selbst. Mindestens zwei Mitglieder müssen die Rechnung prüfen. Zusammensetzung
- <sup>2</sup> Die Mitglieder der Kirchenvorsteherschaft sowie kirchliche Mitarbeitende sind nicht wählbar.
- § 30 <sup>1</sup> Die Rechnungsprüfungskommission beaufsichtigt und kontrolliert das gesamte Rechnungs- und Kassewesen der Kirchengemeinde nach Massgabe der übergeordneten Vorschriften. Sie erstattet der Kirchenvorsteherschaft sowie der Kirchgemeindeversammlung Bericht. Aufgaben
- <sup>2</sup> Bei Bedarf stellt sie einen Antrag an die Kirchenvorsteherschaft zur Revision durch eine externe, unabhängige Kontrollstelle.

## VIII. Das Wahlbüro

§ 31 Das Wahlbüro besteht aus dem Präsidium der Kirchenvorsteherschaft, das den Vorsitz führt, dem Aktuariat der Kirchenvorsteherschaft und drei Urnenoffiziantinnen oder –offizianten. Es muss mehrheitlich aus stimmberechtigten Mitgliedern bestehen, die nicht der Kirchenvorsteherschaft angehören.

Zusammen-  
setzung

§ 32 Das Wahlbüro erfüllt seine Aufgaben nach dem übergeordneten Recht.

Aufgaben

## **IX. Abgeordnete in der Evangelischen Synode**

§ 33 Die Abgeordneten vertreten die Kirchengemeinde in der Synode. Sie sind in der Ausübung ihres Mandates frei. Sie erstatten der Kirchenvorsteherschaft jährlich oder auf Verlangen Bericht.

Aufgaben

## **X. Rechtsmittel**

§ 34 <sup>1</sup> Gegen Beschlüsse der Kirchengemeinde können Stimmberechtigte sowie jede Person, die ein rechtliches Interesse nachweist, innert 20 Tagen vom Tage des Beschlusses an Rekurs an den Kirchenrat einreichen.

Rekurs

<sup>2</sup> Beschlüsse der Kirchenvorsteherschaft können von jedem stimmberechtigten Gemeindeglied sowie von jeder Person, die ein rechtliches Interesse nachweist, innert 20 Tagen seit ihrer Eröffnung beim Kirchenrat angefochten werden.

## **XI. Schlussbestimmungen**

§ 35 Diese Gemeindeordnung ersetzt alle früheren Gemeindeordnungen und Organisationsreglemente und alle von der Gemeindeversammlung und von der Kirchenvorsteherschaft gefassten Beschlüsse, soweit sie im Widerspruch zur vorliegenden Gemeindeordnung stehen.

Bisheriges Recht

§ 36 Diese Gemeindeordnung tritt nach Annahme durch die Kirchengemeindeversammlung und nach Genehmigung durch den Kirchenrat auf einen von der Kirchenvorsteherschaft zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.

Inkrafttreten